Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Klimamilliarden für die Wettbewerbsfähigkeit
2. Große Mehrheit will öffentliche Investitionsoffensive, zeigt neue repräsentative Befragung
3. Politikverdrossenheit oder doch Wählerverdrossenheit – wer verspielt hier die Glaubwürdigkeit?
4. Ex-Charité-Chefvirologe Krüger: „2G ist nicht sicherer – aber unfreier“
5. Tyrannei? Muss man woanders suchen: Eine Erwiderung auf Montgomery
6. Bitte mehr Sachlichkeit: Die meisten Ungeimpften sind alles andere als notorische Impfgegner
7. Nein, Impfen ist keine moralische Pflicht
8. Nationale Impfwoche: Finanzieller Anreiz für Ärzte
9. US-Bundesgericht verordnet vorläufigen Stopp für Bidens Impfzwang
10. Covid-Patienten – Kant, Popper und die invasive Beatmung
11. Uta Meier-Gräwe: Was der Mangel an Pflegekräften mit der Abwertung der Frauen zur Dienerklasse zu tun hat
12. Ex-Wirecard-Chef: Versicherung muss für PR-Kosten von Markus Braun zahlen
13. Der Erfolg der Pinienkerne aus Afghanistan auf der CIIE war erst der Anfang
14. Die Bayern zeigt begrenzte Militärpräsenz Deutschlands im Indo-Pazifik
15. Zu guter Letzt: “Et hätt noch immer jot jejange” – Kölner Karnevalsverein darf “Passierscheine” ausstellen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Klimamilliarden für die Wettbewerbsfähigkeit**

Deutschlands Wirtschaftsverbände fordern von der künftigen Bundesregierung milliardenschwere Investitionen zur Sicherung einer globalen Führungsposition der deutschen Industrie im Rahmen der Energiewende. Insgesamt seien allein bis zum Jahr 2030 Investitionen im Wert von rund 860 Milliarden Euro notwendig, um die gesetzlich festgelegten Klimaziele zu erreichen, heißt es in einer neuen Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Allein die Bundesregierung werde bis zum Jahr 2030 bis zu 280 Milliarden Euro aufbringen müssen; besonders vordringlich seien staatliche Subventionen für den Ausbau der entsprechenden energetischen Infrastruktur, darunter etwa Wasserstoff- und Ladeinfrastrukturen. Dies sei erforderlich, damit "die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der europäischen Industrie" nicht "auf der Strecke" bleibe. Die Forderungen gehen mit Vorschlägen für eine neue "Klima-Außenpolitik" Deutschlands und der EU einher. Wirtschaftskreise dringen darauf, dass weder Unternehmen noch Reiche zur Finanzierung herangezogen werden. Der BDI will sogar die Senkung der Unternehmenssteuern durchsetzen.
Quelle: German Foreign Policy

2. **Große Mehrheit will öffentliche Investitionsoffensive, zeigt neue repräsentative Befragung**
   Eine breite Mehrheit der Menschen in Deutschland befürwortet eine öffentliche Investitionsoffensive in den kommenden Jahren. Das gilt für Sachinvestitionen in öffentliche Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung, aber auch für eine bessere Personalausstattung in Gesundheit, Pflege und Bildung, zeigt eine neue repräsentative Befragung im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. So sprechen sich gut 86 Prozent der Befragten dafür aus, Investitionen und Personalschlüssel im Bereich Gesundheit und Pflege „stark" oder „etwas" zu erhöhen. Knapp 79 Prozent fordern auch mehr Investitionen in Bildung, gut 70 Prozent wollen mehr Geld für den Klimaschutz, rund 65 bis 67 Prozent votieren für zusätzliche Investitionen in Bahnverkehr und ÖPNV, Mobilfunk- und Datennetze sowie die öffentliche Sicherheit. Ebenfalls mehrheitlich, allerdings mit geringeren Zustimmungsraten zwischen 54 und 58 Prozent, werden Investitionen in Fuß- und Radwege sowie Straßen und Brücken gewünscht. Für die Analyse wurden zwischen dem 28. September und dem 12. Oktober 2021 knapp 2200 Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren online befragt.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
3. **Politikverdrossenheit oder doch Wählerverdrossenheit – wer verspielt hier die Glaubwürdigkeit?**
   Die Verhandlung der technischen Arbeitsgruppen der Ampelkoalitionäre nähert sich dem Ende. Folgt man dem, was bisher öffentlich über die Verhandlungen berichtet wird, hat die FDP dafür gesorgt, dass von den ursprünglichen Plänen von SPD und

Grünen, Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen zu besteuern nur sehr wenig bis nichts übrig geblieben ist. Zwei aktuelle Umfragen vergleichen dieses Ergebnis mit dem Willen der Bürger*innen.
1.Umfrage der Böckler-Stiftung, Zeitraum: 28.9 bis 12.10.2021, 2.186 Befragte
Der Umfrage zufolge, spricht sich eine deutliche Mehrheit über alle Altersgruppen und Parteigrenzen hinweg für höhere staatliche Investitionen und Ausgaben in den Bereichen Krankenhaus und Pflege (86,3%), Bildung (78,6%) oder Sicherheit und Infrastruktur (65 bis 67%) aus. Lediglich beim Thema Klima und Umwelt findet sich unter den AfD eine Mehrheit gegen höhere staatliche Investitionen. Mit 70,4% landen Investitionen für den Klimaschutz trotzdem auf Platz 3 der Befragten-Wünsche.
Allerdings – und hier liegt wohl eine wichtige Erklärung für das Ergebnis der Wahlen und der aktuellen Ampel-Verhandlungen – hoffen 62% der Wählenden diese zusätzlichen Investitionen vor allem durch Ausgabenkürzung zu ermöglichen. Nur 7,5% wollen dafür Steuern erhöhen. Auch für die Finanzierung von Defiziten – wie sie zum Beispiel durch die Rückzahlung von Corona-Schulden entstehen dürften, präferieren die Wähler die Ausgabenkürzung (30,8%) vor der Kreditfinanzierung (30,7%) und der Steuererhöhung (23,5%).
Schaut man sich die Zahlen aber genauer an, offenbart sich der Widerspruch und eine mögliche Lösung: 59,2% aus der Fraktion der Ausgabenkürzer wollen Subventionen abbauen, während nur 9% soziale Leistungen streichen würden (Mehrfachnennungen waren möglich). Schließt man jedoch die Subventionen vom Abbau aus, die Menschen mit geringem Einkommen betreffen oder den Klimaschutz fördern sollen, bleibt am Ende wenig übrig; mit einer großen Ausnahme: die Erbschaftssteuerbefreiungen für große Betriebsvermögen, die mit 5,1 Milliarden Euro im Subventionsbericht auftauchen – und die auch bei der Fraktion der Steuererhöher hoch im Kurs stehen.
Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit

4. **Ex-Charité-Chefvirologe Krüger: „2G ist nicht sicherer – aber unfreier“**
BILD: Politiker wie Markus Söder, Michael Kretschmer und Karl Lauterbach wollen die 2G-Regelung massiv ausweiten, um den Anstieg der Hospitalisierungen und Todesfälle zu bremsen. Ungeimpfte müssen dann draußen bleiben. Ist das der richtige Schritt?
Detlev Krüger: „Die Hoffnung dieser Politiker ist es sicherlich, durch ‚2G‘ die Ausbreitung des Virus stärker kontrollieren zu können. Aber so einfach ist das nicht, weil sich immer mehr herausstellt, dass auch vollständig geimpfte Personen das Virus weitergeben können. Wir erreichen durch die Impfung keine sterile Immunität. Es ist, wie Hendrik Streeck es formuliert hat: Die Impfung ist vor allem Eigenschutz, nicht Fremdschutz. Insofern bezweifle ich, dass die 2G-Regelung eine Verbesserung zu 3G darstellt. Im Endeffekt bedeutet 2G nur mehr Unfreiheit, ohne mehr Sicherheit zu bieten. Deshalb hat auch das Testen weiterhin Bedeutung.“ […]

Warum befassten sich Politik, Medien und Teile der Wissenschaft so intensiv mit dem Infektionsgeschehen bei Kindern – und so wenig mit den Kollateralschäden?
Krüger: „Das frage ich mich auch. Es zeigt aber: Kinder haben keine Lobby. Kinder können sich nicht wehren. Und gerade deswegen haben sie unsere besondere Fürsorge verdient. Es gibt Politiker, die verstehen unter Fürsorge, die Schulen zu schließen und die Kinder durchzuimpfen. Nach meiner Meinung bedeutet Fürsorge: Kindern ein freies Leben zu ermöglichen – und gute Bildung und Entwicklung."
Kinder und Jugendliche impfen: Ja oder nein?
Krüger: „Ich halte es – außer beim Vorliegen bestimmter Grunderkrankungen – nicht für notwendig. Ältere und Vorerkrankte sollten sich unbedingt impfen lassen, auch zum dritten Mal. Wenn man aber Nutzen und mögliche Schäden der Impfung bei Kindern abwägt, sieht das ganz anders aus."
Quelle: Bild

dazu: 2G – sinnvoll oder gefährlich?
Ob 2G die vierte Welle tatsächlich zu brechen vermag und einen positiven Einfluss auf Hospitalisierungsrate und Impfquote nimmt, ist nach aktueller Datenlage eher fraglich und wird maßgeblich davon abhängen, ob niedrigschwellige Testangebote zur Verfügung stehen und angenommen werden. Da 2G mit dem Versprechen kommuniziert wurde, die Zumutungen für Geimpfte möglich gering zu halten, ist eher nicht davon auszugehen, dass Veranstalter dieses Angebot proaktiv machen werden. Gleichzeitig stehen Personen, die sich testen wollen, keine kostenlosen Bürgertests mehr zur Verfügung und auch das Angebot an Selbsttests im Handel wird mit dem Auslaufen der Sonderzulassungen weiter abnehmen.
Gleichzeitig besteht ein nicht unerhebliches und bisher in der öffentlichen Wahrnehmung weit unterschätztes Infektionsrisiko auch im 2G Bereich. Die fehlende oder z.T. bewußt verharmlosende Kommunikation dieses Risikos sorgt für ein falsches Sicherheitsgefühl und unterwandert die Bereitschaft zu pro-aktiven Tests.
Daher muss hier auf politischer Seite unbedingt nachgesteuert werden. Die Einführung einer Testpflicht unabhängig vom Impfstatus in den vulnerablen Bereichen kann nur ein Anfang sein (2G-Quadrat). Ein wirksamer Schutz vor einer Überlastung der Intensivkapazitäten darf in diesem Winter nicht allein auf den wackeligen Beinen der Impfquote stehen, sondern muss durch zügige Boosterimpfungen und wieder ausgeweiteten Tests in vulnerablen Bereichen, bei Veranstaltungen und an Arbeitsplätzen flankiert werden. Gleichzeitig muss das Risiko, das auch von geimpften Personen ausgeht und für geimpfte Personen besteht, transparent kommuniziert werden, um den Menschen die Möglichkeit zu eigenverantwortlichem Handeln zu geben!

Quelle: Publikum

dazu auch: Corona-Regeln: Bayerns Innenminister Herrmann kündigt härtere Gangart an – „schmerzhafte Sanktionen“
Bayerns Innenminister Joachim Herrmann will bei Verstößen gegen die Corona-Vorgaben konsequenter einschreiten. Sollten „Corona-Vorgaben nicht strikt eingehalten werden, werden wir mit Schwerpunkt- und Stichprobenkontrollen nachhelfen. Dafür stehen zur Unterstützung auch Einheiten der Bayerischen Bereitschaftspolizei bereit“, sagte Herrmann am Montag gegenüber Merkur.de. […]
Welche Strafen drohen Gästen, die trotz fehlender Impfung in der Disko oder im Club sind?
Diese Leute setzen aufgrund der unkalkulierbaren Infektionsrisiken das Leben anderer aufs Spiel. Der Bußgeldkatalog sieht bei einem fehlenden Impfnachweis einen Regelsatz von 250 Euro Geldbuße vor. Gefälschte Impfausweise können Straftatbestände wie Urkundenfälschung erfüllen. Sogar Freiheitsstrafen sind hier möglich. Hauptziel der stichprobenartigen Kontrollen sind aber die Betreiber von Kinos oder Diskotheken, die Veranstalter von Konzerten usw.. Sie sind zu Kontrollen der Nachweise verpflichtet.
Quelle: Merkur

Anmerkung JK: *Großartig, auch in Bayern ist der Polizeistaat nun Realität und niemanden fällt es auf, dienen die autoritären Maßnahmen doch nur dem Gesundheitsschutz. Dazu sind die Aussagen Hermanns von ausnehmender Dummheit. Offensichtlich ist an Bayerns Innenminister völlig vorbei gegangen, dass Geimpfte das Corona-Virus genauso verbreiten können wie nicht geimpfte Bürger.*

5. **Tyrannei? Muss man woanders suchen: Eine Erwiderung auf Montgomery**
Sie können sich ja noch dazu die Spaltung der Klinikbelegschaften zugute halten, damals als Vorsitzender des Marburger Bundes, als Sie aus den gemeinsamen Tarifverhandlungen mit Verdi ausstiegen – was den Ärzten eine ordentliche Gehaltssteigerung verschaffte, die Durchsetzungsfähigkeit der Pflegekräfte aber verschlechterte, von den Putzfrauen ganz zu schweigen. Vermutlich sind Sie auch persönlich davon überzeugt, als Mediziner etwas Besseres zu sein, sonst hätten Sie es gar nicht durchgehalten, diese Spaltung durchzuziehen.
Aber gut, das sind Dinge aus der Vergangenheit. Ehe ich persönlich werde, nur noch eine kleine Frage: Haben Sie wirklich gar keinen Kontakt mehr zu den Bodentruppen in den Krankenhäusern? Sie haben ja auch eine Impfpflicht für das gesamte Personal im Gesundheitsbereich gefordert. Hat Ihnen niemand gesagt, dass das der schnellste Weg ist, den Pflegenotstand zu verschärfen? Ich kenne ein paar Leute, die in der

Pflege tätig sind; da gibt es welche, die sich haben impfen lassen, aber zu einer dritten, vierten, fünften Impfung nicht mehr antreten werden, und da gibt es welche, die sich nicht haben impfen lassen und auf einen Impfzwang auf genau eine Art reagieren werden – sie wandeln ihre reichlich aufgelaufenen Überstunden in Urlaub um und steigen dann aus. Richtig gehört: Sie steigen aus. Genau das zeigte sich schon in anderen Ländern, die diese Karte gezogen hatten; der kanadische Gesundheitsminister musste gerade ganz kleinlaut die Impfpflicht wieder zurücknehmen, weil sonst die Kliniken tatsächlich zusammengebrochen wären.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

6. **Bitte mehr Sachlichkeit: Die meisten Ungeimpften sind alles andere als notorische Impfgegner**
   Hier die Focus-Kolumne von Sahra Wagenknecht vom 8.11.2021:
   Die vierte Corona-Welle rollt. Doch spricht wenig dafür, dass der finanzielle Druck auf Ungeimpfte und ihre zunehmende Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben das Infektionsgeschehen eindämmen. Viele der aktuellen Maßnahmen bewirken eher das Gegenteil. Es wird Zeit, zu einem Mindestmaß an Sachlichkeit in der überhitzten Debatte zurückzukehren.
   Schon wieder steigen die Inzidenzen. Und mit Ihnen die Nervosität. Der aktuelle Wert liegt bei rund 170 und damit deutlich höher als vor einem Jahr. Auch die Intensivstationen werden wieder voller. Mit gut 2000 Corona-Patienten ist die Belegung zwar noch weit von den Spitzenwerten der zweiten und der dritten Welle entfernt, als 5700 beziehungsweise 5100 Menschen mit schweren Corona-Verläufen intensivmedizinisch betreut werden mussten. Aber die kühle Jahreszeit hat ja auch gerade erst begonnen.
   Quelle: Focus Online
7. **Nein, Impfen ist keine moralische Pflicht**
   Pandemiemanagement funktioniert mit Daten deutlich besser als ohne, und also funktioniert es in Österreich gar nicht. Wer keine Daten hat, muss an Erzählungen glauben. Erzählungen haben den entscheidenden Vorteil, dass sie relativ leicht an die politischen Notwendigkeiten des Tages angepasst werden können. Daten hingegen sind das, was bleibt, wenn die Pressekonferenz vorbei ist. Weil wir in Österreich keine Daten haben, bleibt nichts, wenn die Pressekonferenz vorbei ist, außer eben Erzählungen naturgemäß, und die variieren sehr, je nachdem, wer gerade die Landeshauptleute vertritt. […]
   Nein, Impfen ist keine moralische Pflicht, sondern eine individuelle medizinische Entscheidung, zu der ich persönlich sehr raten würde, deren Durchsetzung durch Verordnungszwang und öffentliche Verächtlichmachung der Unwilligen ich aber abscheulich finde. Vor allem, wenn sie im Verein von Politikern und Journalisten

duchgedonnert wird, die seit eineinhalb Jahren ihre Rollen nicht auseinanderhalten können, aber Hand in Hand von Irrtum zu Irrtum stolpern. Der Quatsch von der moralischen Pflicht beruht auf einem solchen Irrtum, nämlich jenem, dass die Impfung nicht nur dem Selbst-, aber auch dem Fremdschutz diene.
Quelle: Michael Fleischhacker

8. **Nationale Impfwoche: Finanzieller Anreiz für Ärzte**
Für jede Corona-Impfung erhalten Ärztinnen und Ärzte ab dieser Woche neben der normalen Bezahlung einen «Motivationsbeitrag».
Die «Aktion» dauert nicht nur im Kanton Zug sogar bis zum 3. Dezember. Das geht aus einem Schreiben des Zuger Kantonsarztes Rudolf Hauri an die Ärzteschaft des Kantons Zug hervor:
   - Ärztinnen und Ärzte können eine Impfung zum üblichen Tarmed-Tarif abrechnen. Zusätzlich erhalten sie aber «für jeden vereinbarten Impftermin oder für jede in einer Arztpraxis durchgeführte Impfung Fr. 50.- als Motivationsbeitrag vergütet».

   - Wenn Praxisassistentinnen die Praxis-Kundschaft telefonisch fragen, ob sie geimpft sind, und Ungeimpfte dann beraten, erhalten die Praxen pro «Beratungstelefon» 3 Franken vergütet.

   Über die geführten Beratungsgespräche sowie über die vermittelten oder ausgeführten Impfungen müssen die Praxen lediglich eine «Strichliste» führen, die sie nach Ende der Aktion der kantonalen Gesundheitsdirektion zustellen können: «Der Kanton stellt danach die entsprechende Rückforderung an den Bund.» Die «Aktion» ist der Teil der 100-Millionen-Franken-Impfkampagne.
   Viele Ärztinnen und Ärzte beteuern, dass ein finanzieller Vorteil sie nicht davon abhält, ihre Patientinnen und Patienten neutral und verständlich über Vor- und Nachteile von Behandlungen zu informieren.
   Quelle: Infosperber

9. **US-Bundesgericht verordnet vorläufigen Stopp für Bidens Impfzwang**
Das erste der vielen Verfahren, die gegen die von der Regierung Biden verhängte Impfpflicht für Privatunternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern geführt werden, hat einen zumindest vorläufigen Erfolg erzielt: Die Verordnung wurde vorerst ausgesetzt, bis in der Hauptsache verhandelt wird. Das Gericht setzte der US-Regierung eine Frist bis Montag, 17 Uhr zur Erwiderung. Geklagt hatte der US-Bundesstaat Texas. Dessen Gouverneur schrieb auf Twitter:
"Das Gericht hat soeben den vorläufigen Stopp von Bidens Impfpflicht verfügt. In

Kürze wird es eine Dringlichkeitsanhörung geben. Wir werden unseren Tag vor Gericht haben, um Bidens verfassungswidrigen Amtsmissbrauch zu Fall zu bringen."
Ähnlich äußerte sich der Justizminister des US-Bundesstaates Ken Paxton auf Twitter. Er schrieb:
"Gestern habe ich die Biden-Regierung wegen ihrer rechtswidrigen Impfpflicht verklagt. WIR HABEN GEWONNEN. Heute morgen setzte das Gericht unter Verweis auf 'schwerwiegende gesetzliche und verfassungsrechtliche Belange' die Impfpflicht aus. Der Kampf ist noch nicht vorbei, aber ich werde niemals aufhören, mich den verfassungswidrigen Anmaßungen dieser Regierung zu widersetzen!"
Der Federal Court of Appeal, auf Deutsch Bundesberufungsgericht, ist in diesem Fall die erste Instanz für einen Rechtsstreit zwischen dem Bund und einem Bundesstaat. Die Umsetzung der Verordnung wurde ausgesetzt, da der Kläger hatte glaubwürdig machen können, dass sie gegen Gesetz und Verfassung verstoßen könnte.
Quelle: RT DE

10. **Covid-Patienten – Kant, Popper und die invasive Beatmung**
Invasive Beatmung hat unnötigerweise zu stark erhöhter Sterblichkeit bei Covid-Patienten geführt. Etwas mehr angewandte Erkenntnistheorie nach Popper hätte auf den Intensivstationen viele Menschenleben retten können. Und Kants Appell an die Aufklärung hätte die Verbreitung falschen Wissens früher gestoppt.
Karl Popper (1902–1994) beschreibt wohl am klarsten die beste Lösungsmethode eines wissenschaftlichen Problems. Es entspricht weitgehend unserer natürlichen Denkweise, wenn wir vorurteilslos eine wichtige Fragestellung angehen. Die berühmte Formel lautet: Problem 1 → Hypothesenerstellung → wissenschaftliche Untersuchungen → Problem 2. Um also zu sehen, ob ein Problem überhaupt ein ungelöstes ist, muss man vorurteilslos die vorhandenen Daten prüfen. Das bedeutet, tief und insbesondere breit in die Literatur einzusteigen. Nicht selten findet man hier bereits die Lösung und kann aufhören. Fehlen aber entsprechenden Daten, so müssen mehrere Hypothesen erstellt werden, um das Problem zu klären. Üblicherweise beginnt man mit der einfachsten bzw. plausibelsten Hypothese, bekannt auch als Ockhams Rasiermesser.
Durch entsprechende wissenschaftliche Arbeiten mit möglichst falsifizierendem Ansatz werden die Hypothesen abgearbeitet oder gegebenenfalls ergänzt. Das ist mit Poppers berühmt gewordenem „Trial and Error" gemeint. Übrigens, so sagte er selbst, sind auch die verrücktesten Hypothesen zugelassen. Erst dann beginnt die kritisch rationale Arbeit. Findet sich eine Lösung, so ist man entweder fertig oder bei einem neuen Problem angelangt. Allerdings hat jetzt das Problem 2 bzw. die neue Hypothese eine höhere Wahrheitsähnlichkeit, denn sie erklärt mehr Phänomene.
Nun wird genau das leider in der derzeitigen Behandlung von Covid-Patienten bei der

maschinellen Beatmung und der Sauerstofftherapie nicht gemacht, obwohl wesentliche Erkenntnisse dazu schon lange publiziert sind.
Quelle: Cicero

11. **Uta Meier-Gräwe: Was der Mangel an Pflegekräften mit der Abwertung der Frauen zur Dienerklasse zu tun hat**
In Krankenhäusern und insbesondere auf den Intensivstationen herrscht chronischer Pflegenotstand. Unsere Politiker tun jedoch selbst unter Pandemiebedingungen nichts, um Pflegeberufe attraktiver zu machen. In der Schweiz werden stattdessen Berufe neu bewertet, berichtet Uta Meier-Gräwe in diesem Gastbeitrag. […]
Dem Pflegepersonal und der Attraktivität von Pflegeberufen würde man am meisten helfen, wenn man alle Berufe grundsätzlich neu bewerten würde, wie das schon seit den 1990er-Jahren in der Schweiz von renommierten Arbeitswissenschaftlern umgesetzt wird. Deren transparentes, EU-konformes System wird bereits für über 3000 Funktionen und in über 100 öffentlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen verwendet, darunter in Spitälern und Pflegeheimen. Beschäftigte und Personalunternehmen sind hochzufrieden damit.
Rund 30 Prozent der geschlechterneutral bewerteten Berufe, darunter Pflege- und Reinigungskräfte, Polizeiangestellte sowie Kellner und Kellnerinnen, werden seither mit jeder Neueinstellung besser bezahlt – mit Strahlkraft auf andere Unternehmen. Kein Wunder, dass viele Pflegekräfte aus Deutschland inzwischen in der Schweiz arbeiten.
Solche arbeitswissenschaftlichen Messinstrumente zur Bewertung von beruflichen Belastungen und Anforderungen gibt es inzwischen auch hierzulande; allerdings werden sie eben leider kaum eingesetzt.
Wir müssen uns in Deutschland endlich darüber verständigen, was uns die sorgenden Berufe im Gesundheitswesen, aber auch in der sozialen Arbeit, im Bildungs- und Erziehungssektor und in der Hauswirtschaft wert sind.
Quelle: Norbert Häring

12. **Ex-Wirecard-Chef: Versicherung muss für PR-Kosten von Markus Braun zahlen**
Er sitzt als Verdächtiger in einem Milliardenbetrugsfall in U-Haft: Nun hat Ex-Wirecard-Chef Markus Braun vor Gericht erreicht, dass eine Versicherung vorläufig für seine PR-Strategie aufkommen muss.
Um das Image von Markus Braun stand es schon mal besser. Wegen kritischer Medienberichte zur Wirecard-Insolvenz und seiner Rolle dabei hatte der Manager eine auf Presserecht spezialisierte Kanzlei sowie eine PR-Agentur beauftragt. Die dafür anfallenden Kosten wollte Braun von seiner Managerhaftpflichtversicherung ersetzt haben – nun hat er dabei einen Etappensieg erzielt.

Quelle: DER SPIEGEL

13. **Der Erfolg der Pinienkerne aus Afghanistan auf der CIIE war erst der Anfang**
120.000 Dosen Pinienkerne aus Afghanistan wurden am Samstag per CMG-Live-Streaming auf Chinas 4. Internationaler Importmesse (CIIE) angeboten – und waren innerhalb von ein paar Minuten ausverkauft. Dieses Jahr brachte Afghanistan eine gute Ernte von Pinienkernen. Allerdings haben die COVID-19-Pandemie und die politische Lage in der Region die afghanischen Pinienkern-Bauern mit Verkaufsschwierigkeiten konfrontiert.
China hat deshalb extra für die afghanischen Bauern eine „Pinienkerne- Luftbrücke“ eingerichtet und die afghanischen Pinienkerne damit auf den chinesischen Markt gebracht.
Der blitzschnelle Ausverkauf der 120.000 Dosen afghanischer Pinienkerne ist allerdings kein Zufall.
Es ist ein Ergebnis der Einrichtung von Verkaufsplattform durch die CIIE für Entwicklungsländer, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, und ein Ergebnis der Wahrung eines echten Multilateralismus und der Teilung von Marktchancen mit der Welt durch China.
Quelle: CRI online
14. **Die Bayern zeigt begrenzte Militärpräsenz Deutschlands im Indo-Pazifik**
Die Bayern gilt als mittelgroße Fregatte der deutschen Marine mit begrenzten operativen Einsatzmitteln. Sie wurde auf Einladung der USA für den militärischen Austausch und zu Übungszwecken in die Region entsandt. Dies kommt auch dem Bedürfnis der NATO entgegen, ihre Präsenz in der Indo-Pazifik-Region zu verstärken und die sogenannte Freiheit der Meere zu demonstrieren.
Das Wall Street Journal berichtet, dass Deutschland vorsichtiger als andere europäische Staaten agiert, um China nicht zu verärgern. Von offizieller deutscher Seite war zu hören, dass die Fregatte diesmal nicht durch die Taiwanstraße fahren, jedoch das Südchinesische Meer durchqueren werde.
Dies ist eine Situation, vor der sich China in Acht nehmen muss. China muss genau beobachten, ob die Bayern die Taiwanstraße durchqueren oder innerhalb der Zwölfmeilenzone vor den Nansha- und Xisha-Inseln und Riffen operieren wird. Wenn die Freiheit der Meere durch die Bayern auf den traditionellen Seewege ausgeübt wird, bedeutet die Anwesenheit der Fregatte eine harmlose Militärpräsenz Deutschlands in der Region. China hofft, dass das Kriegsschiff nicht in den genannten heiklen Seegebieten kreuzt oder gar sogenannte Nahaufklärung in den territorialen Gewässern Chinas betreibt. (…)
Wahrscheinlich wird sich Berlin auf die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Integration konzentrieren, und nicht der Strategie Washingtons folgen, Beijing und

Moskau militärisch zu provozieren.
Andere europäische Staaten, darunter Frankreich und Großbritannien, haben dieses Jahr ebenfalls ihre Kriegsschiffe in die Indo-Pazifik-Region geschickt. Aber es bestehen Unterschiede zwischen diesen Ländern. Einerseits ist mit der Gründung der AUKUS-Allianz Großbritannien dazu entschlossen, sich durch die Entsendung von Kriegsschiffen in die Region in die US-Strategie einer Eindämmung Chinas einzureihen. Auf der anderen Seite ist das Aufkreuzen von Schiffen anderer europäischer Staaten wie Frankreich und Deutschland tatsächlich von größerer politischer Symbolkraft.
Quelle: German.China.org.cn

dazu: Indo-Pazifik: Nächstes Schiff 2023
Aktuell zeigt die deutsche Fregatte „Bayern“ Flagge im Indo-Pazifik und signalisiert damit die Bereitschaft, sich zunehmend auch militärisch in der Region engagieren zu wollen (siehe IMI-Analyse 2021/34). Im Zuge der Einfahrt in den Hafen von Tokio berichtet die FAZ von den Plänen, in absehbarer Zeit das nächste Schiff zu entsenden: „Beide Länder wollen die verteidigungspolitische Zusammenarbeit ausbauen und dabei die deutsche Präsenz im Indopazifik erhöhen. Ein weiterer Besuch eines deutschen Marineschiffs in der Region sei für 2023 geplant, sagte Zorn.“
Quelle: Informationsstelle Militarisierung e.V.

Anmerkung Christian Reimann: *Die Bundesregierung möchte demnach die “verteidigungspolitische Zusammenarbeit” mit Japan ausbauen – wohl auch gegen China. Das erinnert an ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte. Bitte lesen Sie dazu auch Fregatte “Bayern” im Hafen von Tokio eingelaufen und dazu: Nur ein Symbol? Immerhin! mit Anmerkungen.*

15. **Zu guter Letzt: “Et hätt noch immer jot jejange” – Kölner Karnevalsverein darf “Passierscheine” ausstellen**
Für den Beginn des Karnevals am 11. November 2021 hat die Stadt Köln selbst im Freien teilweise 2G-Regeln angeordnet. Es gelten strenge Zutrittsverbote, nicht einmal das Mitführen von Sackkarren ist erlaubt. Aber ein Karnevalsverein darf “Passierscheine” ausstellen.
Quelle: RT DE